

Gemeinde Glandorf

Glandorf, den 23.04.2026

N i e d e r s c h r i f t

des öffentlichen Teils

02/BPUA/027/2026

**öffentliche Sitzung des Bau-, Planungs- & Umweltausschusses
am Dienstag, den 14.04.2026, von 19.30 Uhr bis 21.55 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses Glandorf, Münsterstr. 11, 49219 Glandorf**

Anwesend:

Vorsitzende/r
Josef Ossege

Mitglieder
Martin Bäumer
Sarah Bischof
Reinhold Hothnaier
André Winterberg

bis einschl. TOP 7

Ratsmitglied
Willi Micke
Michael Twyhues

Vertreter für Birgit Wordtmann
Vertreter für Sven Harwerth

Bürgermeister
Torsten Dimek

Protokollführerin
Charline Vennemann

von der Verwaltung
Frank Scheckelhoff

Abwesend:

Mitglieder
Sven Harwerth
Birgit Wordtmann

Inhalt

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder

3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Bau-, Planungs- & Umweltausschusses Nr. 02/BPUA/026/2026 vom 10.02.26
6. Bericht der Verwaltung
7. Erweiterung der Grundschule Glandorf für die Ganztagsbetreuung / Vorstellung der Planentwürfe - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/739/2026
8. Bebauungsplan Nr. 251 "Erweiterung des Gewerbegebietes Sudendorfer Esch" - Pläne zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und Träger öffentlicher Belange - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/740/2026
9. Vorstellung Netzplanung der TEN eG - Beratung
Vorlage: 02/741/2026
10. Straßeninstandsetzungsmaßnahmen 2026 - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/742/2026
11. Anfragen und Anregungen
12. Schließung der Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Ossege eröffnet um 19.30 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder

Ausschussvorsitzender Ossege stellt die ordnungsgemäße Ladung und die anwesenden Ausschussmitglieder fest. Ausschussmitglied Harwerth wird vertreten von Ratsmitglied Twyhues und Ratsmitglied Micke vertritt Ausschussmitglied Wordtmann.

Besonders begrüßt er an dieser Stelle Herrn Tran von der Neuen Osnabrücker Zeitung. Die weiteren Gäste kündigt er an im weiteren Verlauf der Sitzung besonders zu begrüßen.

3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Ossege stellt die Beschlussfähigkeit fest.

4. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

5. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Bau-, Planungs- & Umweltausschusses Nr. 02/BPUA/026/2026 vom 10.02.26

Die Niederschrift 02/BPUA/026/2026 vom 10.02.2026 liegt allen Ausschussmitgliedern vor. Gegen Form und Inhalt werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

6. Bericht der Verwaltung

Bauamtsleiter Scheckelhoff trägt den folgenden Verwaltungsbericht vor:

- **Dorfgemeinschaftshaus Schierloh:** Fenster sind eingebaut und Putzarbeiten wurden abgeschlossen; Dacheindeckung ist zu ca. 2/3 fertig und das Vordach steht noch aus. Ausbaugewerke (Fliesen, alle Bodenbeläge, Innentüren, WC-Trennwände) sind ausgeschrieben, Angebote liegen vor und werden derzeit geprüft. Beginn von WDVS und Trockenbau in Kürze.
- **Bushaltestellen Nordstraße und Osnabrücker Straße:** An der Nordstraße wurden neue Fahrradständer installiert. Der Unterstand an der Osnabrücker Straße wurde geliefert, die Fertigstellung ist für Mai vorgesehen.
- **Trinkwasserleitungen Freienhagener Straße/Grottweg:** Die Arbeiten in der Freienhagener Straße haben begonnen. Maßnahmen am Grottweg werden ggf. in Verbindung mit einer 10-kV-Maßnahme der TEN eG umgesetzt.
- **Ausbau Frankenweg/Laudieker Straße:** Aufträge wurden erteilt, der genaue Baubeginn wird derzeit mit den ausführenden Firmen abgestimmt.
- **Baugebiet „Nördlich Feuerwehr“:** Abstimmungen mit AWIGO haben stattgefunden, eine alternative Zufahrt ist möglich. Weitere Abstimmungen mit dem Planungsbüro zu Schleppkurven und einer möglichen Brückenverbreiterung laufen.
- **Asphaltierungsarbeiten Schwege:** Eine separate Ausschreibung ist noch nicht erfolgt. Die Sanierung der Straße „An der Wüste“ ist vorgesehen, abhängig von verbleibenden Haushaltsmitteln. Eine gemeinsame Ausschreibung mit der Maßnahme „Up de Haar“ ist zur -Kostenoptimierung geplant.
- **Windenergie Füchtorf:** Für zwei Windenergieanlagen wurden konkrete Genehmigungsanträge gestellt.
- **Sachstand Bauleitplanverfahren:** Für den Bioenergiehof Sudendorf sowie den Kälberstall im Hofort wurden die Planungsleistungen vergeben.
- **Außenanlagen Grundschule Glandorf:** Spielflächen wurden im Zuge des Neubaus angepasst. Fahrradständer und Parkflächen sind noch herzustellen. Ein Förderantrag für die Bushaltestelle wird vorbereitet, ein Büro wurde beauftragt.
- **Kleinstvorhaben:** Stichtag ist der 30.04., voraussichtlich letzte Möglichkeit zur Antragstellung.

- **Photovoltaikanlage Sporthalle:** Die bestehende Anlage wurde demontiert.
- **Verbraucherberatung:** Energieberatung „Rund ums Haus“ findet am 28.05. im Rathaus statt (mit vorheriger Terminvereinbarung).
- **Bauvorhaben Seilerpark:** Vermarktung wird vorbereitet; Detailabstimmungen erfolgen nach den Osterferien, Terminankündigung folgt.
- **Regenrückhaltebecken Amselweg:** Einzäunung ist fertiggestellt.

7. Erweiterung der Grundschule Glandorf für die Ganztagsbetreuung / Vorstellung der Planentwürfe - Beratung und Beschlussfassung Vorlage: 02/739/2026

Ausschussvorsitzender Ossege begrüßt zu diesem TOP Herrn Berisa vom Büro h2 Architekten und bittet ihn, die Planungen/Entwürfe vorzustellen.

Herr Berisa bedankt sich für die Einladung und die Gelegenheit, die Pläne im Ausschuss vorzustellen. Er erläutert, dass die geplante Erweiterung aufgrund räumlicher, organisatorischer und pädagogischer Engpässe notwendig ist. Das Team von h2 Architekten hat ein zurückhaltendes, schlichtes Konzept entwickelt, das den Bestand respektiert und sich harmonisch einfügt. Dabei nehmen sich die neuen Gebäudeabschnitte durch die klaren Linien gegenüber dem Bestand zurück.

Um den Schulbetrieb während der Bauphase möglichst wenig zu beeinträchtigen, wird der Gebäudeanschluss über Schleusen gelöst und dadurch der Eingriff in den Bestand minimiert. Dies bringt auch den Vorteil, dass die Gebäude in multifunktionaler Weise nutzbar sind. Ein Flachdach ermöglicht die volle Nutzung der zweiten Ebene, wodurch zusätzlicher Raum gewonnen wird.

Aber auch zur Kosten- und Zeitoptimierung ist die Bauweise seitens des Büros vereinfacht worden, so dass aufwendige Erd- und Fundamentarbeiten - wie es bei einem direkten Anschluss der Gebäude an den Bestand nötig wäre, reduziert.

Abschließend weist Herr Berisa auf zentrale Elemente, wie die Schleuse zum Schulhof und den Anlieferungsbereich für die Küche, hin. Die Anpassungen zu den Abmaßen der Grundrisse wurden vorgenommen, um die Dimensionen zu optimieren. In einem Termin vor Ort wurde festgestellt, dass die ersten Entwürfe in der Machbarkeitsstudie dahingehend Ungenauigkeiten aufweisen.

Die vorgetragene Präsentation ist den Anlagen zur Sitzung zu entnehmen.

Ausschussmitglied Winterberg hebt hervor, dass in den beiden Gebäuden nahezu eine Spiegelung vorliegt. Es gibt jedoch einen auffälligen Unterschied im Vergleich zu der Machbarkeitsstudie unabhängig davon, ob die Gebäude nun eher quadratisch oder horizontal werden. In dem neuen Konzept sind etwa 350m² zusätzliche Umbaufläche im oberen Bereich entstanden, die zuvor aufgrund der Dachneigung nicht nutzbar gewesen wären. Als Vertreter von Schwege fallen ihm die Raumgrößen ins Auge. Er frage sich, ob die Grundschule Schwege bereits in die Klassenzimmerplanung einbezogen wurde. Im Hinblick auf den Wegfall des Luftraumes fragt er nach Auswirkungen auf die Brandschutzabschnitte (geschlossene vs. offene Decke) und weist auf architektonische Gestaltungsmöglichkeiten hin. In der vergangenen Fraktionssitzung ist die dargestellte Erscheinung der Gebäude nicht unbedingt auf Anklang gestoßen. Er äußert Unsicherheiten in Bezug auf Rettungswege/Treppenhäuser und fragt, ob eine Außentreppe zum Flur notwendig sei.

Er weist darauf hin, dass aktuell eine Außentreppe vorhanden ist, die in den neuen Plänen jedoch nicht mehr ersichtlich ist.

Herr Berisa führt aus, dass die Entfernung zum nächsten Treppenhaus 30m nicht überschreiten darf. Diese Themen würden jedoch erst im nächsten Schritt behandelt werden, da sie derzeit noch nicht relevant sind.

Ausschussmitglied Winterberg merkt an, dass der derzeitige Planungsstand noch nicht ausreichend ist, da die heutige Beschlussvorlage bereits Ausschreibungen und vergleichbare Maßnahmen vorsieht. Er führt aus, dass von den Ratsmitgliedern heute eine Entscheidung erwartet wird, und stelle daher gezielte Fragen, zumal bislang keine Kostenschätzung noch weiterführende Informationen vorliegen. Zudem weist er darauf hin, dass die Unterlagen erst am Freitag eingegangen sind und berufstätige Ratsmitglieder Zeit benötigen, um diese zu prüfen. Vor diesem Hintergrund erkundigt er sich, welche konkreten Schritte heute beschlossen werden.

Bürgermeister Dimek erläutert, dass er selbst einige Tage urlaubsbedingt abwesend war. Ursprünglich war geplant, einen Vorentwurf als Diskussionsgrundlage vorzulegen. Er habe selbst bei Einsicht in die Planunterlagen festgestellt, dass das erarbeitete Konzept anders sei, als er es erwartet hätte. Bislang wären Alle an die Darstellungen aus der Machbarkeitsstudie gewöhnt. Darin lagen nur Grundrisse und keine Ansichten vor. Nach seinem Urlaub hat er zur Kenntnis genommen, dass der aktuelle Beschlussvorschlag der Verwaltung darüber hinausgehe. Er schlägt daher vor, den vorliegenden Entwurf in kleiner Runde, in einem Arbeitskreis, noch einmal zu besprechen. Da es lediglich ein Vorentwurf sei, gebe es auch noch keine Kostenschätzung. Im ersten Schritt müsse jetzt geklärt werden, ob zwei separate, flankierende Gebäude akzeptabel sind

Ausschussmitglied Winterberg betont, dass es nicht sein Ziel ist, den Prozess zu entschleunigen. Bei Bedarf würde er zusätzliche Sondersitzungen einberufen. Er äußert Bedenken hinsichtlich der optischen und architektonischen Gestaltung, insbesondere der Fensterelemente über Eck. Diese bezeichnet er als attraktiv, ist jedoch der Meinung, dass alternative Bauweisen eine Kostenersparnis von 30-40% ermöglichen könnten. Er weist darauf hin, dass angesichts des aktuellen Haushaltes eine praktische und kosteneffiziente Umsetzung erforderlich ist.

Bürgermeister Dimek weist darauf hin, dass er das erste Gespräch mit dem Architektenbüro mit dem Hinweis auf die Haushaltslage begonnen habe.

Herr Berisa führt aus, dass es mit Blick auf die Kosten keinen großen Unterschied macht, ob Fenster eingesetzt oder ob stattdessen Dämmung, Klinker und Putz verwendet werden.

Ausschussmitglied Ossege erläutert die unterschiedlichen Schulbaurichtlinien in Niedersachsen und Westfalen anhand seiner beruflichen Erfahrungen. Während der vorgelegte Obergeschossentwurf in Westfalen genehmigungsfähig wäre, entspricht er nicht den Vorgaben in Niedersachsen. Dies liegt insbesondere daran, dass in Westfalen Abstandsregelungen für gesamte Klassenbereiche gelten, während in Niedersachsen strengere Anforderungen für jeden einzelnen Raum bestehen und Stichflure vom Treppenhaus maximal zehn Meter lang sein dürfen. Diese Vorgaben wurden im Entwurf nicht berücksichtigt und müssen bei den weiteren Planungen zwingend berücksichtigt werden.

Herr Berisa erklärt, dass in der aktuellen Planungsphase noch keine endgültigen Entscheidungen möglich sind, da verschiedene Fachplanungen erst abgestimmt werden müssen. Änderungen am Vorentwurf sind üblich. Für Anpassungen im Brandschutz ist bereits Platz eingeplant.

Ausschussvorsitzender Osssege schlägt vor, den Flur zu verlängern und eine Außentreppe zu schaffen, was Herr Berisa als grundsätzliche Möglichkeit bestätigt.

Ausschussmitglied Bischof führt aus, dass es ihr wichtig sei, bei der Weiterentwicklung der Strukturen auch die langfristige Nutzung der Räumlichkeiten mitzudenken. Sie merkt an, dass im Kontext des demografischen Wandels die Anzahl der Kinder möglicherweise zukünftig zurückgehen könnte. Gleichzeitig regt sie an, auch in die entgegengesetzte Richtung zu denken

und zu überlegen, wie Lösungen gefunden werden können, falls die Anzahl der Kinder steigen sollte.

Herr Berisa dankt für den Hinweis und erläutert, dass es sich dabei um Kernpunkte handelt, die bei der Erstellung des Konzeptes berücksichtigt wurden. Durch die separaten Zugänge und die Dimensionen der Gebäude ist es möglich, diese autark zu nutzen.

Ratsmitglied Twyhues äußert, dass er ebenfalls einen extremen Stilbruch in Bezug auf vorhandene Gebäude bemerkt hat. Das neu entworfene Gebäude gefällt ihm grundsätzlich, jedoch erwartet er diese Bauweise eher bei fortführenden Schulformen. Er hebt positiv davor, dass man bei der jetzigen Grundschule sofort erkennen kann, dass es sich um eine solche handelt. Er persönlich findet die Massivität der Baukörper als sehr erschlagend und regt an, diese zu reduzieren. Den Vergleich mit dem Konzept aus der Machbarkeitsstudie hält er für unpassend, da man zum damaligen Zeitpunkt von einem höheren Mittelbedarf ausgegangen ist. Er schlägt vor, das Obergeschoss in einer Putzversion auszuführen, weil er der Meinung ist, das Hybridfassaden zurückhaltender wirken. Er bittet um die Vorstellung der neuen Ansichten, wenn Änderungen erfolgen.

Herr Berisa bestätigt, dass eine Variantenstudie erstellt werden kann, um die Gedanken weiterzuentwickeln.

Bürgermeister Dimek schlägt zum Thema Fluchtweg eine mögliche Variante zur Problemlösung vor. Die aktuelle Außentreppe wird künftig nicht mehr an Ihrer ursprünglichen Position benötigt, da diese durch ein innenliegendes Treppenhaus abgelöst werden soll. Wenn diese in Ihrer Substanz weiterhin nutzbar ist, könne diese gegebenenfalls auf der anderen Gebäudeseite an einen durchlaufenden Flur anbinden. Dies ist möglich, da der bestehende Fußweg für die Andienung der Mensa ausreichend ist. Dies habe im Gespräch auch die Schulleitung bestätigt.

Ausschussmitglied Bäumer unterstützt die Anmerkung von Ratsmitglied Twyhues, dass die geplanten Gebäude den Eindruck erwecken, eine weiterführende Schule zu sein. Er merkt an, dass sich der Architekt, der damals die Grundschule entworfen hat, bewusst für eine verspielte Gestaltung entschieden hat. Die Kinder sollten sich in Ihrer Umgebung wohlfühlen und nicht das Gefühl haben, in einen sterilen Bau zu kommen. Der Übergang vom Kindergarten in die Schule ist ein großer Schritt und sollte heimelig gestaltet werden. Mit dem vorliegenden Entwurf und dem entsprechenden Stilbruch hält er dies für nicht gegeben. Er regt an, noch einmal über das Konzept nachzudenken, da aktuell nur wenige Personen anwesend sind und diese nicht die endgültige Position aller Bürger widerspiegeln können. Er hält es für realistisch, dass seitens der Bürger viele Nachfragen kommen, wenn das Konzept wie vorgelegt in die Ausführung kommt.

Ausschussmitglied Bischof betont, dass sie als Pädagogin die Außenwirkung des neuen Eingangsbereiches der Schule als positiv empfindet. Sie erklärt, dass der derzeitige Eingang der Schule eher einem „dunklen Loch“ gleicht und für Kinder nicht einladend wirkt. Ein transparenter und offener Eingangsbereich mit einem großen Bewegungsraum, indem schon von außen z.B. Bälle zu sehen sind, empfinde sie als attraktiv.

Ratsmitglied Micke äußert, dass er den Kontrast zwischen dem alten Gebäude und modernen Elementen nicht als befremdlich empfindet und gerade diese das Besondere ausmacht. Er zieht einen Vergleich zu geläufigen Siedlungen, in denen Gebäude mit Anbauten einen ähnlichen Kontrast aufweisen. Er ist davon überzeugt, dass das Endergebnis toll aussehen wird.

Ausschussmitglied Hothnaier führt aus, dass die geplante Erweiterung seiner Meinung nach gut zu dem bestehenden Gebäude passt. Er äußert, dass er dem Konzept zustimmen kann und hebt die Ausnutzung der Räumlichkeiten durch den Wegfall von ungenutzten Lufträumen positiv hervor.

Aufgrund des unterschiedlichen Meinungsbildes äußert Bürgermeister Dimek nochmals die Idee, einen Arbeitskreis einzuberufen. Er stellt die Frage, ob der Schul- oder Bauausschuss sich intensiver mit dem Themabefassen soll und übergibt diese Entscheidung an die Fraktionen. Er schlägt vor, innerhalb der nächsten 14 Tage eine Einladung für den Arbeitskreis auszusprechen, um eine Kostenschätzung zu erarbeiten. Diese ist für eine spätere Entscheidung, neben den gestalterischen Aspekten, maßgeblich. Er empfiehlt, den Arbeitskreis zu bilden, um konkret über das Projekt mit dem Architekten und der Schulleitung zu sprechen, die ja bereits zuvor beteiligt gewesen sind. Er erklärt, dass man sich den Details des Gebäudeteiles, der den Lehrer-/Verwaltungstrakt betrifft, zu einem späteren Zeitpunkt widmen könne, da der Fokus aus Zeit- und Kostengründen zunächst auf dem Mensabereich liegen sollte.

Ausschussvorsitzender Ossege stellt fest, dass es keine weiteren Fragen gibt. Er führt aus, dass der ursprüngliche Beschluss nicht gefasst werde, sondern sich zunächst der Arbeitskreis damit beschäftige. Der Vorentwurf wird damit lediglich zur Kenntnis genommen. Er dankt Herrn Berisa für die Ausführungen.

Abschließend bedankt sich auch Herr Berisa für die Aufmerksamkeit und die Eingaben der Ausschussmitglieder.

8. Bebauungsplan Nr. 251 "Erweiterung des Gewerbegebietes Sudendorfer Esch" - Pläne zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und Träger öffentlicher Belange - Beratung und Beschlussfassung

Vorlage: 02/740/2026

Ausschussvorsitzender Ossege leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über und begrüßt dazu die Herren Busmann und Buschmaas vom Büro Ibt.

Herr Busmann stellt das Büro Ibt, welches regelmäßig für die Gemeinde Glandorf tätig sei, vor und berichtet kurz über seine Funktion als Abteilungsleiter für die Stadt- und Landschaftsplanung. Er übergibt das Wort an Herrn Buschmaas, der eine Präsentation vorbereitet hat.

Herr Buschmaas erläutert die Planung anhand von Zielen, stellt das Verfahren vor und geht auf die zu beachtenden Rahmenbedingungen ein. Weiter stellt er den Bebauungsplan mit den wesentlichen Festsetzungen vor und gibt einen Überblick über den Stand der Fachgutachten.

Die vollständige Präsentation kann den Anlagen zur Sitzung entnommen werden.

Bürgermeister Dimek stellt die Frage, ob die Regelung bezüglich der 200 Quadratmeter so zu verstehen sind, dass diese Höchstgrenze für den Verkaufsbereich nur für die zentrenrelevanten Güter gilt.

Herr Buschmaas erläutert, dass diese Begrenzung für zentrenrelevante Sortimente gilt, die im Zusammenhang mit einem Betrieb vor Ort verkauft werden dürfen. Nicht zentrenrelevante Sortimente sowie die Ausnahmegüter, sind grundsätzlich bis zu der Obergrenze Sondergebiet möglich.

Ausschussvorsitzender Ossege erkundigt sich nach den Regelungen zu Werbeanlagen, insbesondere ob freistehende Werbeträger zulässig sind.

Herr Buschmaas erörtert, dass Werbung grundsätzlich an der Stätte der Leistung erfolgen muss und nicht oberhalb angebracht sein darf. Darüber hinaus ist alles zulässig, was nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist.

Bürgermeister Dimek führt aus, dass sich die Planungen noch in der Phase der frühzeitigen Beteiligung befindet. Dies bedeutet, dass zunächst Stellungnahmen gesammelt werden, bevor ein endgültiger Plan vorliegt.

Ausschussmitglied Winterberg fragt, inwieweit die aktuellen Planungsunterlagen von dem bereits bestehenden Bebauungsplan für das Autohaus abweichen oder ob diese sich am Bestand orientieren. Er betont, dass es nicht notwendig sei, das „Rad neu zu erfinden“ wenn es lediglich um die Erweiterung eines Gewerbegebietes geht. Er hebt positiv hervor, dass die Gemeinde diesen Punkt auf der Tagesordnung hat und das Verfahren voranschreitet. Seitens der CDU-Fraktion bestehen keine Bedenken, weshalb die Fraktion den Vorschlag des Büros annehmen werde.

Bauamtsleiter Scheckelhoff führt aus, dass sich die Planungen im wesentlichen Teil an den bestehenden Gegebenheiten sowie an den aktuellen gesetzlichen Regelungen orientieren. Im zweiten Fall findet immer eine gewisse Weiterentwicklung statt. Er ergänzt informativ, dass der Flächennutzungsplan an einer Stelle überschritten wird. Dies ist jedoch in Vorgesprächen vom Landkreis so genehmigt worden. Eine Änderung des Flächennutzungsplanes ist somit nicht notwendig.

Herr Busmann ergänzt, dass die Vorgängerpläne bereits einige Jahre alt sind und es notwendig ist, neue Pläne nach den neuen Umweltstandards und rechtlichen Vorgaben anzupassen. Er führt aus, dass die Einzelhandelssteuerung ein maßgebliches neues Element darstellt, welches viele ältere Pläne nicht beinhalten. Ein Ansiedeln von zentrenrelevanten Sortimenten außerhalb der zentralen Bereiche würde die Innenstädte zusätzlich schwächen, die ohnehin Schwierigkeiten haben, Nutzungen zu finden. Daher ist es zwingend erforderlich, solche Festsetzungen zu treffen.

Ausschussvorsitzender Ossege erkundigt sich, ob es weitere Fragen gibt. Dies ist nicht der Fall, weshalb er anschließend über den Beschlussvorschlag abstimmen lässt. Er bedankt sich bei Herrn Busmann und Herrn Buschmaas.

Beschlussvorschlag:

Die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, sowie der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs 1 und § 4 Abs 1 BauGB wird auf Basis der vorgestellten Planunterlagen durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

9. Vorstellung Netzplanung der TEN eG - Beratung
Vorlage: 02/741/2026

Ausschussvorsitzender Ossege geht zum Punkt Vorstellung der Netzplanung der TEN eG über und begrüßt Herrn Obermeyer sowie Herrn Möller.

Nach einer kurzen Einführung in das Thema durch Herrn Obermeyer geht Herr Möller anhand einer Präsentation auf die weitere Netzplanung der TEN in Glandorf ein. Gleich zu Beginn des Vortrags erklärt Herr Möller auf Rückfrage des Ratsmitgliedes Twyhues, dass zum sicheren Erhalt der neuen/modernen Trafostationen am Seilerpark geeignete Maßnahmen getroffen würden, um diese während der Bauphase zur Errichtung der Wohngebäude zu schützen.

Während des weiteren Vortrages geht Herr Möller auf Nachfragen der Ausschussmitglieder ein.

So hinterfragt Ausschussmitglied Winterberg die Definition und praktische Umsetzung von §14a EnWG, insbesondere im Hinblick auf die Begrenzung des Netzbezugs zur Vermeidung von Netzausbau und bittet um inhaltliche Einordnung.

Herr Möller erläutert, dass §14a die Steuerung von Verbrauchseinrichtungen wie Wärmepumpen und Ladeinfrastruktur im Falle von Netzengpässen ermöglicht. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass Netzbetreiber gemäß §14 EnWG weiterhin zur Netzverstärkung und zum Netzausbau verpflichtet sind. Er führt weiter aus, dass durch eine gezielte Begrenzung von Leistungs-

zen im Rahmen von §14a erhebliche Einsparpotentiale erzielt werden könnten, ohne die Versorgungssicherheit oder den Nutzerkomfort wesentlich zu beeinträchtigen. Er schätzt, dass potentiell Einsparungen im Bereich von 40% - 65% der Netzausbaukosten möglich sind, sofern Steuerungs-mechanismen konsequent genutzt werden könnten. Er kritisiert jedoch, dass die praktische Umsetzung durch die Ausbaupflicht und deren zeitliche Begrenzung den Regelungsrahmen einschränkt und daher nur begrenzt einsetzbar ist

Ratsmitglied Micke weist auf eine künftig steigende Netzlast durch Wärmepumpen, Elektromobilität und Photovoltaik von vor allem privaten Eigentümern hin und hinterfragt, ob der Ausbau des Netzes dieser Entwicklung standhalten kann oder ob die Gefahr besteht, dass die beiden Aspekte nicht mehr parallel laufen.

Herr Möller stellt dar, dass die geplanten Maßnahmen grundsätzlich alle umsetzbar sind, es jedoch punktuell zu Verzögerungen von bis zu zwei Jahren kommen kann. Aktuell bestehen keine kritischen Probleme auf der Lastenseite; Mögliche Engpässe auf der Einspeiseseite werden im Rahmen verschiedener Szenarien berücksichtigt und durch priorisierende Maßnahmen geregelt.

Herr Obermeyer erläutert den fortschreitenden Ausbau, insbesondere an den Umspannanlagen und Trafostationen, die aktuell die größten Engpässe aufweisen. Ziel ist die schrittweise Beseitigung bekannter Schwachstellen an Knotenpunkten und die Sicherstellung der Versorgung.

Ausschussmitglied Winterberg fragt, inwieweit die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Baugebiete berücksichtigt werden. Er erkundigt sich zudem nach der Situation in älteren Siedlungsbereichen. Er möchte wissen, ob proaktiv Maßnahmen ergriffen werden, um Leitungen auszutauschen und ob es bereits Engpässe in bestimmten Straßenzügen gibt.

Herr Möller erläutert, dass die Anpassung der Kabelstandards eine Reaktion auf gestiegene Anforderungen ist. Vor fünf Jahren lag der Standard bei 150 Quadrat, nun ist er auf 240 Quadrat erhöht worden. Dies ermöglicht es, die Strecke hinter der ersten Station mit einem größeren Querschnitt zu versehen, um eine höhere Leistung bereitzustellen. Er führt weiter aus, dass die Hauptprobleme in den Niederspannungsnetzen nicht primär bei den Kabeln liegen, obwohl ältere Querschnitte punktuell ein Problem darstellen könnten. Vielmehr sind die Trafostationen das größere Problem. Diese können jedoch relativ einfach durch den Einsatz eines größeren Transformators oder die Errichtung einer neuen Trafostation an einem Ersatzstandort ausgestattet werden. Er betont, dass die Umsetzung solcher Maßnahmen im Vergleich relativ schnell erfolgen kann, wenn Probleme erkannt werden

Ratsmitglied Twyhues äußert sich zu Erfahrungen im Wohngebiet Dornberg (Erschließung Anfang der 2000er Jahre) und weist darauf hin, dass dort bereits ein hoher Anteil an E-Mobilität und Photovoltaik vorhanden ist. Er berichtet, dass im letzten Bauabschnitt zeitweise keine weiteren PV-Anlagen angeschlossen werden konnten, da Netzkapazitäten erschöpft gewesen seien, was aus seiner Sicht auf notwendigen Netzausbaubedarf auch in jüngeren Gebieten hinweist. Zudem erwähnt er eine temporäre Kühlmaßnahme an einer Trafostation, die auf eine hohe Netzbelastung schließen lässt. Er äußert Kritik an den hohen Strompreisen in Europa und fragt nach der Zusammensetzung der Investitionskosten, insbesondere im Hinblick auf deren Auswirkung auf Stromrechnungen für den Verbraucher.

Herr Möller erläutert, dass die Kosten für den Ausbau, unabhängig davon, ob es sich um ein neues Projekt handelt, letztlich in den Netzentgelten enthalten sind. Er führt aus, dass die Bundesregierung im vergangenen Jahr sechseinhalb Milliarden Euro in die Höchstspannungsnetze investiert hat. Diese Investition hat im Netzgebiet lediglich eine Auswirkung von ungefähr 0,02 Euro gehabt. Er äußert die Meinung, dass Unternehmen unter solchen Umständen auch in die Insolvenz geraten können.

Bürgermeister Dimek erkundigt sich, ob eine intelligente Steuerung für den Energieverbrauch, beispielsweise durch die Nutzung von Elektrogeräten in der Nacht, in Betracht gezogen werde. Er fragt, ob es spezielle Tarife für eine solche Nutzung gibt und ob diese bereits angeboten werden.

Es wird ausgeführt, dass Elektroautobesitzer im Wesentlichen von günstigeren Netzentgelten profitieren können, wenn sie einen abschaltbaren Verbraucher im Netz haben. Besondere Tarife werden angeboten.

Herr Möller erklärt, dass im Bereich des §14a drei unterschiedliche Modelle zur Auswahl stehen, für die eine persönliche Kosten-Nutzen-Analyse erforderlich ist, um die sinnvollste Option zu bestimmen. Er verweist darauf, dass die TEN eG diese Modelle ebenfalls anbietet.

Ratsmitglied Mücke erkundigt sich nach dem aktuellen Stand des Einbaus von Smartmetern in Glandorf. Er fragt, wie hoch der prozentuale Anteil der bereits installierten Geräte ist. Des Weiteren möchte er wissen, ob es möglich ist, auf Anfrage einen Smartmeter zu erhalten, falls jemand explizit einen solchen wünscht.

Dies wird seitens der TEN eG bejaht. Ca.20% des Netzes im Pflichtausbaubereich sind versorgt.

Ratsmitglied Mücke erkundigt sich nach dem Fortschritt im Bereich des bidirektionalen Ladens. Er fragt, ob dabei auch in Betracht gezogen wird, die Fahrzeuge, die angeschlossen sind, als Speicher zu nutzen.

Thomas Möller berichtet, dass mittlerweile die ersten Anfragen eingegangen sind und man sich aktuell Gedanken über die technischen Voraussetzungen macht. Nähere Infos erfolgen über Veröffentlichungen auf der Homepage der TEN eG.

Herr Möller ergänzt, dass Tankstellen in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle spielen, da sie sowohl für die Kraftstoffversorgung von Fahrzeugen als auch für den Betrieb von Diesel-Notstromaggregaten relevant sind. In Glandorf besteht bereits eine Kooperation mit der Tankstelle, über die im Bedarfsfall eine Kraftstoffversorgung für Notstromaggregate sichergestellt wird. Entsprechende Überlegungen und Abstimmungen zur weiteren Absicherung der Versorgung werden fortlaufend berücksichtigt.

Ausschussvorsitzender Ossege führt aus, dass ihm die Präsentation gezeigt hat, dass keine Sorgen hinsichtlich der Stromversorgung bestehen müssen. Er ist zuversichtlich, dass der Strom verfügbar ist und auch problemlos wieder abgeleitet werden kann. Da keine weiteren Fragen gestellt werden, bedankt er sich bei den beiden Vertretern der TEN für die Ausführungen und schließt den TOP.

10. Straßeninstandsetzungsmaßnahmen 2026 - Beratung und Beschlussfassung

Vorlage: 02/742/2026

Ausschussvorsitzender Ossege führt aus, dass die Beratung und Beschlussfassung zu den Straßeninstandsetzungsmaßnahmen für das Jahr 2026 auf Grundlage der Vorlage erfolgen soll, die nach der Straßenbegehung zusammengestellt worden ist.

Bauamtsleiter Scheckelhoff erläutert unter Benennung der zu erwartenden Kosten die angefügte Auflistung zu den geplanten Sanierungsmaßnahmen an Gemeindestraßen.

Ausschussmitglied Winterberg erklärt, dass er berufsbedingt nicht an der Wegebereisung teilnehmen konnte und äußert seine Bedenken bezüglich der aktuellen Auswahl, insbesondere am Plattenweg an der Krankenhausstraße. Er habe diesen heute befahren und ist der Ansicht, dass der Zustand nicht so schlecht ist. Daher kann er dem Vorschlag aus der Wegebereisung nicht zustimmen. Ihm fehlt zudem die Kategorisierung der Straßen, die vor Jahren vorgenommen wurde sowie eine Gesamtliste aller gemeldeten Straßen.

Weiter weist er auf die angespannte Haushaltslage hin und bewertet die Maßnahme an der Laudieker Straße (zwei Anlieger, Kosten ca. 30.000 Euro) kritisch. Er betont, dass im Gemeindegebiet insgesamt stärker sanierungsbedürftige Straßen vorhanden sind. Hinsichtlich der Prio-

ritätensetzung spricht er sich ausdrücklich dafür aus, den Ausbau der Deckschicht am Kindergarten in Schwege an der Wüste vorzuziehen, da dort täglich Andienungsverkehr stattfindet und aus seiner Sicht eine höhere Bedeutung für die Allgemeinheit besteht als bei Maßnahmen mit wenigen Anliegern.

Zudem erkundigt er sich, wie die Maßnahmen an der Brücke in Schierloh ausgeführt werden sollen.

Bürgermeister Dimek führt aus, dass nach seinem Kenntnisstand vor Ort im Zuge der Wegebereisung an der Brücke in Schierloh die Entscheidung getroffen wurde, die Deckschicht nicht einfach aufzutragen, sondern die alte Decke vorher abzufräsen. Er erläutert weiter, dass ursprünglich geplant gewesen ist, die Maßnahme am Plattenweg bereits im letzten oder vorletzten Jahr durchzuführen und dies dem Anlieger entsprechend mitgeteilt worden ist. Seinem Kenntnisstand zufolge ist die Maßnahme jedoch erneut zurückgestellt worden, weshalb er sich bei der Wegebereisung persönlich dafür ausgesprochen habe, die Maßnahme in diesem Jahr durchzuführen. Nach der Wegebereisung hätten sich alle Teilnehmer dafür ausgesprochen, anhand der vorliegenden Aufstellung die Arbeiten durchzuführen.

Ausschussvorsitzender Ossege ist der Meinung, dass das Problem des Plattenweges darin besteht, dass die Platten zu eng zusammenliegen, was dazu führt, dass große landwirtschaftliche Fahrzeuge die Seiten wegdrücken und die andere Seite anheben. Er gibt zu bedenken, dass selbst, wenn die Platten wieder neu gelegt werden, das gleiche Problem nach einigen Jahren erneut auftreten könnte. Er bemerkt, dass es allerdings etwa zwei bis drei Stellen gibt, an denen größere Vertiefungen vorhanden sind. Er schlägt vor, diese Stellen zu reparieren, was seiner Einschätzung nach weniger als 20.000 Euro kosten würde. Er ist der Ansicht, dass man mit dieser Maßnahme möglicherweise die Anlieger zufriedenstellen könnte.

Bürgermeister Dimek hebt zur Klarstellung hervor, dass es bei der Maßnahme in Schwege am Kindergarten um eine Baumaßnahme unabhängig von der Wegebereisung gehe und diese zusammen mit der Baumaßnahme „Up de Haar“ umgesetzt werden solle.

Ratsmitglied Micke erinnert auch an die Sanierung der Johannisstraße, die seit 7 Jahren aus der Liste fällt, obwohl diese mit ihrem Kopfsteinpflaster Ortsbildprägend ist.

Ausschussmitglied Ossege nimmt diesen Punkt auf und erwähnt, dass diese Maßnahme unabhängig von dem Programm der Wegebereisung umgesetzt werden sollte.

Bürgermeister Dimek sowie Bauamtsleiter Scheckelhoff ergänzen, dass bereits über Planungskosten gesprochen wurde und man sich einig ist, dass diese Maßnahme über einen Komplettausbau umgesetzt werden muss.

Ratsmitglied Twyhues äußert, dass das derzeitige Verfahren zur Priorisierung von Straßenmaßnahmen aus seiner Sicht nicht mehr zeitgemäß ist. Er betont, dass er die bisherige Arbeit und das Engagement zwar anerkennt, jedoch die Priorisierung des Straßennetzes nicht durch Laien erfolgen sollte. Er spricht sich für eine umfassende Bestandsaufnahme des kommunalen Straßennetzes aus und sieht darin die Grundlage für eine objektivere und effizientere Entscheidungsfindung. Als mögliche Lösung nennt er die Einführung eines digitalen Zwillings, bei dem das gesamte Straßennetz digital erfasst und hinsichtlich seines Zustands bewertet wird, um darauf aufbauend eine klare Priorisierungsliste zu erstellen und Diskussionen zu reduzieren. Er erklärt zudem, dass er sich an der Wegebereisung nicht mehr beteiligen wird, da er das Verfahren nicht für zeitgemäß hält. Abschließend kündigt er an, dass hierzu möglicherweise ein entsprechender Antrag gestellt wird.

Ausschussmitglied Bäumer betont, dass die Wegebereisung trotz zeitlicher Belastung für Bauausschuss, Ortsräte und Ortsvorsteher ein wichtiges Instrument ist, um sich selbst ein Bild vom Zustand der Straßen zu machen. Er spricht sich gegen die Beauftragung externer Ingenieurbüros zur Zustandsbewertung aus, da dies zusätzliche Kosten verursacht und die Entscheidungsverantwortung ohnehin bei den kommunalen Gremien verbleibt. Er hebt hervor, dass das Ver-

fahren der Wegebereisung sich über viele Jahre bewährt hat und eine praxisnahe Entscheidungsgrundlage bietet. Eine vollständige Auslagerung oder ausschließlich technische Bewertung hält er nicht für zielführend. Er spricht sich für die Beibehaltung des bisherigen, kostenbewussten Vorgehens in der Gemeinde aus.

Ratsmitglied Micke äußert, dass er das bisherige Verfahren zur Straßen-zustandsbewertung ebenfalls als veraltet ansehe. Er betont, dass moderne Technologien, insbesondere künstliche Intelligenz, heute in Wirtschaft und Planung weit verbreitet sind und effizientere Möglichkeiten bieten. Er hält die aktuellen Vorgehensweisen als teilweise unstrukturiert und schlägt vor, die Bewertung und Priorisierung von Straßen mithilfe von KI-gestützten Systemen durchzuführen. Dadurch können Maßnahmen objektiver eingeordnet, priorisiert und langfristig Kosten reduziert werden. Zudem verweist er darauf, dass KI auch Prognosen über Kostensteigerungen bei verzögerten Maßnahmen ermöglichen kann.

Ausschussmitglied Hothnaier äußert, dass er ein Gutachten eines Ingenieurbüros zur Bestandsaufnahme als wenig zielführend erachtet, da sich Rahmenbedingungen, wie Verkehrsführungen (z. B. für Schulbusse), laufend ändern und sich damit auch Anforderungen an das Straßennetz kontinuierlich verschieben. Er führt aus, dass die Wegebereisung deutlich macht, dass zahlreiche Straßen sanierungsbedürftig sind und letztlich Prioritäten gesetzt sowie Kompromisse gefunden werden müssen. Die Ergebnisse der diesjährigen Wegebereisung bewertet er insgesamt positiv.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt Ausschussvorsitzender Ossege über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

In 2026 werden im Gemeindegebiet die in der Anlage beschriebenen Maßnahmen an den jeweiligen Straßenabschnitten vorgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

11. Anfragen und Anregungen

Ausschussvorsitzender Ossege leitet zum Tagesordnungspunkt Anfragen und Anregungen über und fragt zunächst die Ausschussmitglieder.

Ausschussmitglied Hothnaier kritisiert die Qualität der Splittarbeiten auf der Schulstraße und weiterer Abschnitte. Seiner Ansicht nach zeigen sich deutliche Mängel, da sich die alte Decke wieder unter dem aufgetragenen Splitt abzeichnet bzw. der Splitt teilweise vollständig abgegangen sei. Als mögliche Ursache vermutet er unzureichendes Bindemittel oder eine nicht ausreichend vorbereitete Oberfläche. Er regt an, die ausführende Firma zu kontaktieren, die Mängel zu klären sowie eine bessere Ausführungsqualität einzufordern.

Bürgermeister Dimek versichert, dass Bauamtsmitarbeiter Stockhoff sich der Angelegenheit annehmen wird.

Ratsmitglied Micke berichtet über Staubbelastungen auf dem Parkstreifen entlang des Sportplatzes, die durch ausweichenden Verkehr entstehe. Er kritisiert die daraus resultierende Beeinträchtigung für Radfahrer und weist auf mögliche gesundheitliche Auswirkungen hin. Zudem regt er eine zeitnahe Reinigung an.

Bauamtsleiter Scheckelhoff erläutert, dass eine neue Kehrmaschine in der Gemeinde eingesetzt wird, deren Einsatzfähigkeit für den Bereich noch geprüft wird. Die Streckenreinigung ist bereits Thema von Abstimmungen gewesen und wird weiter koordiniert.

Ratsmitglied Micke erklärt, dass sich im Bereich der Einmündung der Osnabrücker Straße auf die Bundesstraße 51 zuletzt die Anzahl der Unfälle gehäuft hat. Er hat gehört, dass in diesem

Zusammenhang entweder ein Kreisverkehr oder eine Ampelregelung geplant ist. Er erkundigt sich, welcher Zeitraum für die Umsetzung dieser Maßnahmen angesetzt ist.

Bürgermeister Dimek berichtet über einen Austausch zur Verkehrssicherheit mit Dr. Engelmann von der zuständigen Straßenbaubehörde in Osnabrück, bei dem die aktuellen Entwicklungen und Maßnahmen thematisiert wurden. Er kündigt an, dass im Rahmen der nächsten Verkehrsschau am 10. Juni das Thema weiter behandelt werden soll. Konkrete Maßnahmen sind derzeit noch offen; mögliche Lösungen, wie etwa eine Ampel, werden gemeinsam mit Fachplanern geprüft. Eine abschließende Bewertung liegt noch nicht vor.

Da keine weiteren Fragen von den Ausschussmitgliedern gestellt werden, öffnet Ausschussvorsitzender Ossege den Ausschuss für Fragen aus dem Zuhörerbereich. Da dies nicht der Fall ist, schließt er den TOP.

12. Schließung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Ossege bedankt sich für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 21.55 Uhr.

gez. Josef Ossege
Vorsitzender

gez. Charline Vennemann
Protokollführerin